

Der Dritte Sektor in Deutschland: Wachstum und Wandel

Annette Zimmer/Eckhard Priller

- 1 *Einleitung*
 - 2 *Traditionslinien des Dritten Sektors in Deutschland*
 - 2.1 Stiftungen als traditionsreiche Organisationen des Sektors
 - 2.2 Der Verein als zentrale Organisationsform des Sektors
 - 2.3 Der Dritte Sektor als Teil des Staates
 - 2.3.1 Das Ehrenamt als staatsbürgerliche Verpflichtung
 - 2.3.2 Staatliche Indienstnahme der privaten Wohlfahrtsverbände
 - 2.4 Subsidiaritätsprinzip und Zweiteilung des Sektors
 - 2.5 Zur strikten Trennung von Drittem Sektor und Markt
 - 3 *Zum Porträt des Dritten Sektors*
 - 3.1 Zur Methodik
 - 3.2 Die ökonomische und arbeitsmarktpolitische Bedeutung des Sektors
 - 3.3 Zur internen Strukturierung des Sektors
 - 3.4 Zur Ressourcenstruktur des Sektors
 - 3.4.1 Finanzierungsstruktur
 - 3.4.2 Ehrenamtliche Arbeit
 - 3.5 Zur zivilgesellschaftlichen Bedeutung des Dritten Sektors
 - 4 *Schlußfolgerungen und Ausblick*
- Literaturverzeichnis

1 Einleitung

Aktuell läßt sich in Wissenschaft und Politik ein zunehmendes Interesse am Dritten oder Nonprofit-Sektor feststellen (Giddens 1999: 95-103; Dettling 1998: 299f.). Zu diesem Sektor zählt ein weites Spektrum von Organisationen, das beispielsweise in Deutschland von den großen Wohlfahrtsverbänden über freizeitorientierte Sport- und Hobbyvereine bis hin zu den Initiativen und Projekten im Umweltbereich reicht. Die Bezeichnung Dritter oder Nonprofit-Sektor wird für einen gesellschaftlichen Bereich verwandt, der durch die Sektoren „Staat“, „Markt“ und „Gemeinschaft“ bzw. Familie begrenzt wird. Er ist somit nicht gleichzusetzen mit dem tertiären Bereich der ökonomischen Produktion, der Dienstleistungsproduktion in Abgrenzung zu landwirtschaftlicher und industrieller Produktion. Die diesem Bereich zugehörigen Organisationen, die Dritte-Sektor- oder Nonprofit-Organisationen, bereiten aufgrund ihrer Handlungslogiken Zuordnungsprobleme zu den übrigen Sektoren (Seibel 1992). So zeichnen sich Dritte-Sektor-Organisationen in Abgrenzung zur öffentlichen Verwaltung durch ein geringeres Maß an Amtlichkeit aus. Im Unterschied zu Firmen und Unternehmen besteht ihre Zielsetzung nicht in der Gewinnmaximierung. Und schließlich beruhen in Dritte-Sektor-Organisationen – im Unterschied zur Familie und zur Gemeinschaft – Mitgliedschaft und Mitarbeit auf Freiwilligkeit und damit auf einer individuellen Entscheidung. Während die Handlungslogik von Ämtern und Behörden auf Hierarchie basiert, Firmen und Unternehmen ihre Handlungen mittels des Markt- und Preismechanismus koordinieren, rekurrieren Dritte-Sektor-Organisationen hierzu in einem beträchtlichen Umfang auf Solidarität.

In der Fachdiskussion findet sich neben den Termini Dritter und Nonprofit-Sektor für die Charakterisierung dieses weiten Organisationsspektrums auch die Bezeichnung intermediärer Bereich. Hiermit wird auf die integrativen Funktionen der Dritte-Sektor-Organisationen Bezug genommen, die praktisch ein Bindeglied zwischen Individuum und Gesellschaft bilden. Durch aktive Teilnahme in Form ehrenamtlichen Engagements sowie durch Mitgliedschaft in Vereinen wird der einzelne in den gesamtgesellschaftlichen Kontext integriert, wobei Dritte-Sektor- oder Nonprofit-Organisationen auch wesentliche Sozialisationsaufgaben wahrnehmen. In der demokratiethoretischen Debatte gelten Dritte-Sektor-Organisationen daher als Infrastruktur einer aktiven Bürger- oder Zivilgesellschaft, auf die ein demokratisches Gemeinwesen nachhaltig angewiesen ist.

Beschäftigt man sich mit dem Dritten Sektor in Deutschland, so ist man mit einem Paradoxon konfrontiert: Seine Organisationen sind in der deutschen Gesellschaft fest etabliert, verfügen zum Teil über eine lange Tradition und stellen einen nicht mehr wegzudenkenden Bestandteil der sozial-kulturellen und politischen Infrastruktur des Landes dar. Insofern ist es nicht verwunderlich, daß auch in Deutschland den Dritte-Sektor-Organisationen im aktuellen Modernisierungsdiskurs ein wichtiger Stellenwert eingeräumt wird (Alemann et al. 1999: 13-21). So gelten Dritte-Sektor-Organisationen als Garanten einer effizienten und bürgernahen Erstellung sozialer Dienstleistungen; ihnen wird eine große Bedeutung bei der Reform der öffentlichen Verwaltung eingeräumt; mit ihnen werden neue Wege der Weiterentwicklung und Vertiefung der Demokratie vor Ort in Verbindung gebracht; und schließlich wird Nonprofit-Organisationen auch eine wichtige Rolle bei der Reform der Arbeitsgesellschaft zugewiesen.

Gleichwohl ist über diesen Sektor und seine Organisationen bislang wenig bekannt. Es bestehen erhebliche „Wissenslücken“ und „Forschungsdefizite“ sowohl im Hinblick auf die vielschichtige Leistungsbilanz des Sektors wie auch hinsichtlich der Beschäftigungspotentiale, der Ressourcenerschließung und des Managements seiner Organisationen. Dieser defizitäre Kenntnisstand ist zum einen darauf zurückzuführen, daß die Organisationen des Dritten Sektors in Deutschland von der amtlichen Statistik bisher nicht gesondert erfaßt werden. Zum anderen hat sich in Deutschland, wie auch in anderen Ländern, noch kein „Sektorbewußtsein“ entwickelt. Die Gesamtheit der Organisationen wird nicht als eigenständiger Bereich wahrgenommen, sondern Dritte-Sektor-Organisationen werden meist mit bestimmten gesellschaftlichen Tätigkeitsfeldern, wie etwa mit dem Sport oder der Kultur, in Verbindung gebracht. Zudem ist es in Deutschland ähnlich wie in anderen europäischen Ländern schwierig, eine klare Trennung zwischen Drittem und öffentlichem Sektor vorzunehmen, da vor allem bei der Erstellung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen Dritte-Sektor-Organisationen nicht nur eng mit staatlichen Instanzen zusammenarbeiten, sondern auch weitgehend durch öffentliche Mittel finanziert werden (Zimmer et al. 2000: 94).

Im folgenden wird versucht, einen Beitrag zur Schließung der Wissenslücken hinsichtlich des Dritten Sektors in Deutschland zu leisten. Zunächst wird auf die historische Einbettung der Dritten-Sektor-Organisationen eingegangen, daran schließt sich ein sozio-ökonomisches Porträt und statistisches Profil des Sektors an, das im wesentlichen auf den Ergebnissen der deutschen Teilstudie des international vergleichenden Johns-Hopkins-Projektes beruht. Zweifellos ist das „Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project“ als ein „Meilenstein“ in der empirischen Erfassung des Nonprofit-Sektors zu betrachten. Das seit 1990 unter Federführung der amerikanischen Johns Hopkins University durchgeführte, international vergleichende Forschungsprojekt hat sich die Aufgabe gestellt, weltweit einen wesentlichen Beitrag zur Sichtbarmachung des Dritten Sektors vor allem in quantitativer Hinsicht zu leisten, womit die Diskussion über die Chancen und Potentiale des Sektors auf eine gesicherte empirische Grundlage gestellt werden soll (Salamon/Anheier 1999). An der international vergleichenden Untersuchung sind inzwischen weltweit mehr als zwanzig Länder beteiligt. Mit rund 150 am Projekt mitarbeitenden Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen zählt das Johns-Hopkins-Projekt aktuell zu den größten sozialwissenschaftlichen Forschungsvorhaben.

Bei der Darstellung und Beschreibung des deutschen Dritten Sektors wird im folgenden insbesondere auf seine Größe, gemessen an Vollzeitarbeitsplätzen, und seine interne Strukturierung eingegangen. Die hier wiedergegebenen Daten stammen aus unterschiedlichen Quellen. So wurde auf die amtliche Statistik ebenso zurückgegriffen wie auf Ergebnisse spezieller volkswirtschaftlicher Erhebungen. Ferner wurden bei der Charakterisierung des Sektors die Ergebnisse einer von den Autoren durchgeführten Organisationsbefragung (Zimmer/Priller 1999) sowie einer repräsentativen Untersuchung zum ehrenamtlichen Engagement und zum Spendenverhalten der deutschen Bevölkerung (Priller/Zimmer 1999) berücksichtigt. Zum Abschluß des Beitrags wird, um das Bild abzurunden, speziell auf die zivilgesellschaftliche Bedeutung des Dritten Sektors in Deutschland als Raum für Mitgliedschaft und aktives Engagement eingegangen (vgl. Anheier et al. 2000).

2 Traditionslinien des Dritten Sektors in Deutschland

Für die enge Verbindung zwischen Staat und Drittem Sektor in Deutschland war insbesondere das 19. Jahrhundert prägend. Zum einen wurden in dieser Zeit mit der Kodifizierung des Bürgerlichen Gesetzbuches die wichtigsten und heute am häufigsten zu findenden Rechtsformen der Dritte-Sektor-Organisationen – Verein und Stiftung – festgelegt und unter die Genehmigungspflicht des Staates gestellt; zum anderen erfolgte unter der Garantie ihrer Selbstverwaltung der funktionale Einbau von Dritte-Sektor-Organisationen in den Verwaltungsvollzug. Das Strukturmuster einer Indiennahme des Sektors für staatliche Aufgaben wurde damit in Deutschland fest etabliert. Ferner ist die starke Position der im sozialen Bereich tätigen Nonprofit-Organisationen, wie sie im Subsidiaritätsprinzip festgeschrieben ist (vgl. Abschnitt 2.4), ebenfalls auf diese Zeit zurückzuführen. Mit Ausnahme der im religiös-christlichen Erbe verankerten Anstaltsstiftungen ist der Dritte Sektor in Deutschland daher weitgehend ein Produkt des 19. Jahrhunderts. Im folgenden wird auf einige ausgewählte Traditionslinien des Dritten Sektors in Deutschland eingegangen und ihre Relevanz für die aktuelle Situation des Sektors herausgestellt.

2.1 *Stiftungen als traditionsreiche Organisationen des Sektors*

Zu den sehr alten Organisationen des Dritten Sektors zählen in Deutschland die zahlreichen Anstaltsstiftungen, die fest in der kirchlichen Tradition verankert sind (vgl. Bertelsmann 1999). Bereits im Frühmittelalter entwickelte sich in den Ländern des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation ein sogenanntes Verbundsystem von „caritas“ und „memoria“. Gemeint ist hiermit, daß Wohlhabende ihr Vermächtnis zur Gründung von Anstalten für Notleidende, Kranke oder Alte Kirchensprengeln oder Klöstern hinterließen. Diese waren im Gegenzug jedoch verpflichtet, in bestimmten Abständen eine Messe für den Spender zu lesen. Aus dem Motiv heraus, etwas für das persönliche Seelenheil zu tun – bzw. frei nach dem Motto: Wenn die Münze im Beutel klingt, die Seele in den Himmel springt! – leisteten die damaligen Stifter einen Beitrag zu einer rudimentären Armenfürsorge sowie Alten- und Krankenpflege und stabilisierten damit gleichzeitig religiös-christliche Verhaltensnormen.

Auch heute noch sind in Deutschland zahlreiche Anstaltsstiftungen – Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime oder Waisenhäuser – zu finden, die ihre Gründung diesem Verbundsystem von „caritas“ und „memoria“ verdanken (Jacobi 2000: 251f.). Ansonsten ist das gegenwärtige Stiftungswesen in Deutschland aufgrund der zahlreichen gesellschaftlich-politischen Umbrüche nicht stark ausgeprägt. Erst in jüngster Zeit ist es unter dem Gesichtspunkt der sogenannten „Erbengeneration“, die über erhebliche Vermögenswerte verfügt, etwas stärker ins öffentliche Bewußtsein gerückt. Von staatlicher Seite wird die Errichtung von Stiftungen sowie das Zustiften inzwischen insofern erleichtert, als der Staat hierfür in erheblichem Umfang steuerliche Abzugsmöglichkeiten gewährt.

2.2 Der Verein als zentrale Organisationsform des Sektors

Fest im 19. Jahrhundert verankert ist das typisch deutsche Vereinswesen (Zimmer 1996). Infolge von Industrialisierung und Verstädterung hat es sich damals mit ungeheurer Dynamik entfaltet. Nach August Bebel schossen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Vereine in Deutschland „wie Pilze aus der Erde“. Von den Turn- und Gesangs- bis hin zu den Gesellen-, Konsum- und Arbeiterbildungsvereinen boomte das Vereinswesen hinsichtlich der Neugründungen und Mitgliederentwicklung. Charakteristisch für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts waren insbesondere solche Vereine, die im Zusammenhang und als Reaktion auf die „Soziale Frage“ entstanden. Auch heute ist der Verein noch die Rechts- und Organisationsform erster Wahl, wenn es darum geht, neue Ideen und Initiativen in die Tat umzusetzen. Als Beispiel hierfür sind die etwa ab Mitte der 70er Jahre entstandenen zahlreichen Umweltinitiativen, soziokulturellen Zentren und Frauenhäuser zu nennen, die der sogenannten Alternativszene zugerechnet werden.

Vereine sind Ausdruck und gleichzeitig Ergebnis gesellschaftlicher Differenzierung. Im 19. und auch noch im 20. Jahrhundert konnte man spezifische soziale Milieus oder „Lager“ unterscheiden, die das gesellschaftliche und politische Leben strukturierten. Prägend für Deutschland waren lange Zeit das sozialdemokratische Lager mit seinen Arbeitervereinen, lokalen Gewerkschaftsorganisationen und SPD-Ortsvereinen sowie das katholische Lager oder Milieu mit der Zentrumspartei, den christlichen Gewerkschaften sowie den karitativen und kirchlich-konfessionellen Vereinen (Zimmer 1997: 81). Diese Milieus oder Lager spielten noch in der restaurativen Nachkriegszeit der Bundesrepublik eine wichtige Rolle. Aufgrund der Abschwächung der traditionellen sozialen Milieus sowie des Einflußverlustes der Kirchen ist ihre Bedeutung inzwischen jedoch deutlich zurückgegangen.

In Ansätzen kann man in Deutschland aber auch heute noch Organisationen des Dritten Sektors bestimmten Milieus zuordnen. Dies gilt insbesondere für die großen, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstandenen Wohlfahrtsverbände – Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Diakonie, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Deutsches Rotes Kreuz – sowie auch für die als Organisationen der „Alternativszene“ in den 70er und 80er Jahren entstandenen Initiativen und Projekte, die eine Nähe zur Partei von Bündnis '90/Die Grünen aufweisen.

Mit über 80 Prozent ist die überwiegende Mehrheit der Dritte-Sektor-Organisationen in Deutschland in der Rechtsform des Vereins organisiert. Der Verein wurde im Bürgerlichen Gesetzbuch des 19. Jahrhunderts als spezifische Rechtsform für solche Organisationen geschaffen, die im weitesten Sinne als gesellschaftlich zu bezeichnende Ziele und Zwecke verfolgen (Zimmer 1996: 15-33). Als Organisationsform handelt es sich beim Verein um eine Personengesellschaft mit Clubcharakter. Damit ein Verein als Rechtsperson anerkannt wird, bedarf es der staatlichen Genehmigung. Hierbei wird die Satzung des Vereins nicht nur nach formalrechtlichen Kriterien geprüft, sondern von den staatlichen Instanzen (Amtsgerichten) wird auch eine Überprüfung der Ziele und Zwecke des Vereins vorgenommen.

Das Vereinswesen als Teil der bürgerlichen Gesellschaft wurde somit im 19. Jahrhundert „auf dem Rechtsweg“ in den Obrigkeitsstaat eingepaßt. Zu umfanglichen Verboten und einer starken staatlichen Reglementierung der Vereine kommt es heute zwar nicht mehr, doch der etatistische Zug ist insofern noch vorhanden, als

eingetragene Vereine auch heute noch der staatlichen Genehmigungspflicht unterliegen. Entsprechendes gilt im übrigen auch für die Rechtsform der Stiftung. Auch Stiftungen unterliegen staatlicher Aufsicht und Genehmigungspflicht, wobei es zum Teil im Ermessen der betreffenden Behörde steht, die Stiftung staatlich anzuerkennen und ins Stiftungsregister aufzunehmen bzw. die Anerkennung zu verweigern (Strachwitz 2000).

2.3 Der Dritte Sektor als Teil des Staates

Charakteristisch für Deutschland ist die Indienstnahme des Dritten Sektors für staatliche Aufgaben. Seit dem 19. Jahrhundert wird der funktionale Einbau von Dritte-Sektor-Organisationen in den staatlichen Verwaltungsvollzug im Rahmen einer „Modernisierung von oben“ bewußt gefördert. Im Unterschied zu Frankreich, wo Organisationen des intermediären Bereichs damals strikt verboten waren, wurden in Deutschland Dritte-Sektor-Organisationen mit staatlichen Aufgaben betraut, wobei ihnen zum Teil sogar ein öffentlich-rechtlicher Status zugebilligt wurde und wird.

Als klassisches Beispiel hierfür sind die deutschen Kammern und Innungen anzuführen, die auf die vormodernen berufsständischen Organisationen der Gilden und Zünfte zurückgehen. Diese erhielten zu Beginn des 19. Jahrhunderts im Zuge der preußischen Verwaltungsreformen einen öffentlich-rechtlichen Status (Ullmann 1988: 23). Zwar behielten die Kammern und Innungen erhebliche Selbstverwaltungsrechte, wurden jedoch als unterste Instanz fest in den Verwaltungsvollzug eingebunden. Den berufsständischen Korporationen – den Anwalts-, Ärzte- oder Handwerkskammern – kommt heute in der mittelständischen Wirtschaft Deutschlands zwar eine ganz zentrale Bedeutung zu, aufgrund ihres öffentlich-rechtlichen Status können sie aber nicht mehr zum Dritten Sektor gerechnet werden. Entsprechendes gilt auch für die Sozialversicherungen, wie etwa die Kranken- oder Rentenkassen. Auch ihre Vorläufer waren im eigentlichen Sinn Dritte-Sektor-Organisationen. Im Zuge des Aufbaus des Wohlfahrtsstaates wurde ihnen ebenfalls ein öffentlich-rechtlicher Status zugewiesen. Heute werden diese Organisationen in der wissenschaftlichen Literatur als „Quangos“ bzw. quasi-öffentliche Einrichtungen oder aber als „Parafisci“ bzw. halbstaatliche Organisationen bezeichnet. Sie verfügen zwar über Selbstverwaltungsrechte, sind jedoch gleichzeitig integraler Bestandteil der staatlichen Administration.

2.3.1 Das Ehrenamt als staatsbürgerliche Verpflichtung

Auch das ehrenamtliche Engagement ist in Deutschland von der Tradition einer staatlichen Indienstnahme geprägt. Zahlreiche Ämter der lokalen Selbstverwaltung sind auch heute noch Ausdruck einer staatsnahen Honoratiorentätigkeit, die ihren Ursprung in der preußischen Städteordnung hat. Damals wurde im Zuge der preußischen Verwaltungsreform das freiwillige Engagement der männlichen Bürger – Frauen waren nicht zugelassen – insofern direkt für staatliche Aufgaben und Zwecke nutzbar gemacht, als die Bürger zur Übernahme „öffentlicher Stadtämter“ verpflichtet wurden, ohne ein Entgelt dafür beanspruchen zu können (Sachße 2000: 76f.).

Eine entsprechende Traditionslinie läßt sich auch für den Bereich der kommunalen Sozialpolitik aufzeigen. So machte z.B. die Stadt Elberfeld Mitte des 19. Jahrhunderts die Durchführung der öffentlichen Armenpflege als integraler Teil der öffentlichen Verwaltung zur ehrenamtlichen Aufgabe männlicher Bürger. Die Ehrenmänner rekrutierten sich aus der Gruppe der „Besserverdienenden“ und hatten dieses Amt für drei Jahre unentgeltlich inne. Fortgesetzt wird diese Tradition bis in die Gegenwart in den mit lokalen Honoratioren besetzten Jugendhilfeausschüssen und diversen Beiräten auf kommunaler Ebene. Die Klagen über die zurückgehende Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement in Deutschland beziehen sich vorrangig auf diesen Bereich der traditionell-staatsnahen Honoratiorentätigkeit, die in der Tat aktuell zunehmend an Attraktivität einbüßt (Sachße 2000: 77).

2.3.2 Staatliche Indienstnahme der privaten Wohlfahrtsverbände

Das bekannteste Beispiel der Indienstnahme von Dritte-Sektor-Organisationen für staatliche Aufgaben bilden die Wohlfahrtsverbände (Boeßenecker 1997; Backhaus-Maul 2000). Die Verbände – Caritas, Diakonie, Arbeiterwohlfahrt und Paritätischer Wohlfahrtsverband – gehen zurück auf jene sozial-karitativen Vereine, die ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als Reaktion auf die „Soziale Frage“ in Deutschland verstärkt gegründet wurden (Sachße 2000: 82-86). Bereits im Kaiserreich wurden diese Dritte-Sektor-Organisationen im Rahmen des Ausbaus der kommunalen Fürsorge und Sozialpolitik sukzessive in den staatlich-kommunalen Verwaltungsapparat eingebaut. Pionierarbeit leistete hier die Stadt Frankfurt am Main, die als erste Kommune private Vereine hinsichtlich der Aufgabenzuweisung und Ressourcenausstattung mit kommunalen Stellen gleichstellte. In Frankfurt wurden die karitativen Vereine auch frühzeitig als Partner in den kommunalen Planungsverbund integriert. Damit war der Kern des für Deutschland typischen „privat organisierten Wohlfahrtsstaates“ als „gesetzliche Bestands- und Eigenständigkeitsgarantie der freien Träger bei gleichzeitiger Förderverpflichtung und Gesamtverantwortung des Staates“ (Sachße 1995: 133) in seinen Grundzügen bereits etabliert.

In der Weimarer Republik schlossen sich die lokal tätigen Wohlfahrtsvereine entlang ihrer ideologisch-weltanschaulichen sowie konfessionellen Orientierung zu den genannten Wohlfahrts- bzw. Spitzenverbänden zusammen. Neben den jeweils der katholischen und der evangelischen Kirche nahestehenden Verbänden Caritas und Diakonie etablierte sich die Arbeiterwohlfahrt als Dachorganisation der der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verbundenen lokalen karitativen Einrichtungen; das Deutsche Rote Kreuz entwickelte sich bereits in der Weimarer Republik zur Dachorganisation der lokalen Rot-Kreuz-Einrichtungen; und im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband schlossen sich in den 20er Jahren mehrere nicht-konfessionelle und nicht-staatliche Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen zusammen, die sich keinem der anderen Spitzenverbände weltanschaulich-ideologisch verbunden fühlten.

Im Politikfeld Soziales verlief in der Weimarer Republik die Entwicklung hin zur Gründung von Dachverbänden parallel zur Zentralisierung von Gesetzgebungsbefugnissen und finanziellen Ressourcen auf Reichs- und Landesebene. Damit waren in diesem Politikfeld die Dritte-Sektor-Organisationen bereits in den 20er Jahren eng mit den staatlichen Instanzen verkoppelt. Mit der Etablierung dieser für

Deutschland typischen „Verbändewohlfahrt“ (Backhaus-Maul 2000) wurde eine multiple Zielsetzung erreicht. Zum einen wurde auf dem lebensweltlich zentralen Feld der sozialen Dienstleistungen der Staat-Kirchen-Konflikt entschärft, indem die beiden großen konfessionell gebundenen Wohlfahrtsverbände – Caritas und Diakonie – als Partner des Staates anerkannt wurden (Zimmer 1997: 78-86). Zum anderen wurde im Dienst der Staatsentlastung und staatlicher Ressourcenschonung auf die sozial-kulturellen Milieus der Verbände mit ihren Ehrenamtlichen sowie bei Caritas und Diakonie auch mit ihrem professionellen Personal der Ordensschwwestern und -brüder rekuriert. Doch die enge Zusammenarbeit zwischen Dritte-Sektor-Organisationen und Staat war nicht nur für letzteren von Vorteil. Hierdurch gelang es den beiden Kirchen, sich bereits in der Weimarer Republik fest im wohlfahrtsstaatlichen System zu etablieren und ihren maßgeblichen Einfluß auf Politik und Gesellschaft auch unter den Bedingungen der Industriemoderne zu bewahren.

2.4 Subsidiaritätsprinzip und Zweiteilung des Sektors

An diese Tradition wurde in der Bundesrepublik nahtlos angeknüpft, so daß sich Ralf Dahrendorf noch Mitte der 60er Jahre sehr kritisch zur „Konfessionalisierung“ (Dahrendorf 1965: 141) von Gesellschaft und Politik in der Bundesrepublik äußerte. Hierbei wurde die herausgehobene Position der Wohlfahrtsverbände im Sozialbereich unter Rekurs auf das Subsidiaritätsprinzip legitimiert (Sachße 1994). Das Subsidiaritätsprinzip stammt aus der katholischen Morallehre und besagt, daß, was „der Mensch selbst tun kann, ... ihm nicht durch gesellschaftliche Tätigkeit abgenommen werden [soll]“ (Nell-Breuning, zitiert nach Boettcher 1957: 200). In der Enzyklika *Quadragesimo Anno* aus dem Jahr 1931 hatte die katholische Kirche versucht, angesichts totalitärer Strömungen ein Prinzip zu formulieren, das dem bedürftigen einzelnen Unterstützung garantieren sollte, ohne ihn jedoch einem verabsolutierenden Staat auszuliefern. Entgegen dieser ursprünglichen, eher auf das Individuum gerichteten Intention wurde das Subsidiaritätsprinzip in den Sozialgesetzen der 60er Jahre auf die Mitgliedsorganisationen der Wohlfahrtsverbände bezogen. Mit Hinweis auf das Subsidiaritätsprinzip wurde den Wohlfahrtsverbänden eine Vorrangstellung gegenüber öffentlichen Trägern eingeräumt. Oder anders ausgedrückt: Die lokalen Mitgliedsorganisationen der Wohlfahrtsverbände wurden als funktionale Äquivalente sozialstaatlicher Dienstleistungseinrichtungen nicht nur anerkannt, sondern ihnen wurde sogar eine privilegierte Position gegenüber sowohl staatlichen als auch gegenüber kommerziellen Anbietern eingeräumt (Backhaus-Maul/Olk 1994). Insofern hatten der Ausbau des Wohlfahrtsstaates und die Zunahme der sozialen Einrichtungen auch ein beachtliches Größenwachstum der Wohlfahrtsverbände zur Folge.

Während in den 70er und auch 80er Jahren hiervon in erster Linie die konfessionell oder weltanschaulich-ideologisch orientierten Verbände – Caritas, Diakonie, AWO und DRK – profitierten, läßt sich ab Mitte der 80er Jahre infolge der Erosion der traditionellen sozialen Milieus bzw. aufgrund der Auflösung der weltanschaulich-ideologischen Lager der deutschen Gesellschaft eine bemerkenswerte Zunahme von Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes als eine Art weder konfessionell noch ideologisch gebundenes Sammelbecken für im Sozialbe-

reich tätige Dritte-Sektor-Organisationen feststellen. Auch ihnen wird selbstverständlich aufgrund der besonderen Auslegung des Subsidiaritätsprinzips eine privilegierte Position im Vergleich zu staatlichen oder kommerziellen Anbietern im Sozialbereich eingeräumt.

Aufgrund dieser spezifischen Interpretation des Subsidiaritätsprinzips hat sich in der ansonsten überwiegend etatistisch geprägten Bundesrepublik ein Nonprofit-Sektor von beachtlicher Größe entwickelt. Denn nur für die Wohlfahrtspflege ist das Subsidiaritätsprinzip als Bestandsgarantie gemeinnütziger Einrichtungen mit gleichzeitiger Förderverpflichtung der öffentlichen Hand gesetzlich festgeschrieben. Für andere Tätigkeitsbereiche von Nonprofit-Organisationen, wie etwa für den Sport oder die Kultur, besteht keine gesetzlich festgelegte Verpflichtung, sondern nur eine Aufforderung zur öffentlichen Förderung.

Insofern ergibt sich aufgrund dieser Interpretation des Subsidiaritätsprinzips zwar nicht de jure aber de facto eine Zweiteilung des deutschen Dritten Sektors: Einem überwiegend mit öffentlichen Mitteln finanzierten, hoch professionalisierten und sehr staatsnahen Bereich des Gesundheitswesens und der Sozialen Dienste steht ein im wesentlichen auf ehrenamtliches Engagement und freiwillige Mitarbeit sowie auf Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen und Spendenleistungen angewiesener Bereich des Vereinswesens und der bürgerschaftlichen Interessenvertretung gegenüber.

2.5 Zur strikten Trennung von Drittem Sektor und Markt

Schließlich läßt sich als weitere Traditionslinie eine starke Abgrenzung des Dritten Sektors und seiner Organisationen gegenüber wirtschaftlichen Aktivitäten feststellen. Als wichtiges Beispiel hierfür ist das Genossenschaftswesen anzuführen. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entfaltete sich parallel zum Vereinswesen auch ein dynamisches Genossenschaftswesen (Pankoke 2000). Im Bürgerlichen Gesetzbuch wurde auch die Rechtsform der Genossenschaft festgelegt. Im Gegensatz zum Clubcharakter und zur zivilgesellschaftlichen Orientierung des Vereins wurde sie aber für die Organisation wirtschaftlicher Aktivitäten konzipiert. Im Unterschied zu den südeuropäischen Ländern entwickelte sich daher in Deutschland kein ausgeprägter gemeinwirtschaftlicher Bereich. Vielmehr wurde die Genossenschaft zunehmend als funktionales Äquivalent marktwirtschaftlicher Organisationsformen genutzt (Betzelt 2000: 44-47).

Eine Ausnahme bildeten die Wohnungsbaugenossenschaften, denen im Rahmen sozialdemokratischer Wohnungsbaupolitik vor allem in der Weimarer Republik eine wichtige Bedeutung zukam. Nach Abschaffung der Gemeinnützigkeit in diesem Bereich ist das gesamte Genossenschaftswesen in Deutschland jedoch fest im Markt verankert. Von ihrem Selbstverständnis her ist die wirtschaftliche Betätigung das ausschließliche Ziel der Genossenschaft in Deutschland. Damit unterscheidet sich das Verständnis der Genossenschaften in Deutschland erheblich von den Genossenschaften in den südeuropäischen Ländern, die dem Prinzip der Gemeinwirtschaft unterstehen (Pankoke 2000: 199-209).

Der Gesetzgeber achtet aber nicht nur strikt darauf, daß die Grenze zwischen Drittem Sektor und Markt klar erkennbar ist und auch eingehalten wird, sondern er sorgt mittels eines umfangreichen gesetzlichen Regelwerks auch dafür, daß Dritte-

Sektor-Organisationen, wenn sie sich am Markt betätigen, im Hinblick auf diese Aktivitäten sofort mit Forprofit-Organisationen in ihrer steuerlichen Behandlung gleichgestellt werden. Schließlich ist die häufigste Organisationsform des Sektors in Deutschland, der Verein, aufgrund seiner internen Strukturierung für die Organisation wirtschaftlicher Aktivitäten denkbar ungeeignet. Beispielsweise ist es Vereinen nicht möglich, nennenswerte finanzielle Rücklagen zu bilden, so daß eine langfristige Planung kaum durchzuführen und die Bildung von Risikokapital sogar ausgeschlossen ist (Betzelt 2000: 47-58). Partnerschaften zwischen Nonprofit- und Forprofit-Organisationen, die heute in vielen Ländern durchaus üblich sind und einen wesentlichen Beitrag zur gesellschaftlichen Modernisierung leisten, sind daher in Deutschland aufgrund dieser marktfernen Tradition des Sektors kaum zu realisieren. Aufgrund seiner Tradition ist der Sektor in Deutschland in hohem Maße auf den Staat hin orientiert, was zweifellos in der aktuellen Situation der leeren öffentlichen Kassen und der abnehmenden Bereitschaft des Staates, sich finanziell langfristig zu binden, ein deutliches Modernisierungshemmnis für den Sektor darstellt, wie anhand des sozio-ökonomischen Porträts des Sektors noch deutlich wird.

3 Zum Porträt des Dritten Sektors

3.1 Zur Methodik

Im Rahmen der deutschen Teilstudie des Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project wurde auf der Grundlage der für den internationalen Vergleich entwickelten Methodik (Salamon/Anheier 1999: 11-13) eine Analyse des Dritten Sektors für die Jahre 1990 und 1995 vorgenommen. Die Bereiche der privaten Haushalte und staatlichen Dienstleister sowie eine Reihe von weiteren Einrichtungen (z.B. Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen oder Kultureinrichtungen in öffentlicher Trägerschaft sowie erwerbswirtschaftliche Unternehmen, öffentliche Unternehmen und Anstalten, Regiebetriebe der öffentlichen Hand, Produktions- und Verbrauchergenossenschaften, Organisationsformen auf Gegenseitigkeit wie Versicherungen, politische Parteien, reine Kirchenverwaltungen und Glaubensgemeinschaften wurden bei der Erfassung des Sektors in Deutschland bewußt nicht berücksichtigt, da diese Organisationen nicht mit der internationalen Definition der Nonprofit-Organisation kompatibel sind.

Eingeschlossen in die deutsche Teilstudie wurden die folgenden Institutionen, Einrichtungen und Organisationen: Vereine, Stiftungen, Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege, Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen in freier Trägerschaft, gemeinnützige GmbHs und ähnliche Gesellschaftsformen, Wirtschafts- und Berufsverbände, Gewerkschaften, Verbraucherorganisationen, Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen, Umweltschutzgruppen, staatsbürgerliche Vereinigungen (Anheier et al. 1997: 15f.).

In Übereinstimmung mit der im Rahmen des internationalen Vergleichs entwickelten Methodik wurde auch in der deutschen Teilstudie in erster Linie auf bereits vorhandenes Datenmaterial rekurriert. An Primärerhebungen wurde eine repräsentati-

ve Bevölkerungsbefragung zum Spendenverhalten und zum ehrenamtlichen Engagement sowie eine bundesweite Befragung von Nonprofit-Organisationen durchgeführt.

Abb. 1: Datenquellen der deutschen Teilstudie des John Hopkins Comparative Nonprofit-Sector Project

-
- **Amtliche Statistik** (Statistisches Bundesamt): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (Beschäftigte, Finanzen), verschiedene Spezialstatistiken, Sonderauswertungen
 - **Bundesanstalt für Arbeit:** Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte nach Wirtschaftsklassen, jeweils am 30. Juni (Gesamtbeschäftigte, Voll-, Teilzeit unter und über 18 Stunden), Sonderauswertungen
 - **Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege/Berufsgenossenschaft für Verwaltung:** Beschäftigte, Arbeitsstunden, Einkommen, Sonderauswertungen
 - **Statistiken der Wohlfahrtsverbände und anderer Organisationen:** Beschäftigte nach Voll- und Teilzeit, Differenzierung nach Bereichen)
 - Weitere spezielle Statistiken:
Krankenhausstatistik: Beschäftigte, Finanzen, Leistungen; Statistik des Deutschen Städtetages; Stiftungsdatenbank, Erhebung MAECENATA u.a.

Spezielle eigene Erhebungen im Projekt:

- **Bevölkerungsbefragung zum Ehrenamt und Spendenverhalten 1996 und 1997** (Stichprobenumfang: 3.000)
 - **Organisationserhebung „Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel“ (Rücklauf: 2.240 Fragebögen)**
-

3.2 Die ökonomische und arbeitsmarktpolitische Bedeutung des Sektors

Aus den Analysen über den Umfang, die Größe und die Rolle des Dritten Sektors in Deutschland läßt sich folgendes herausstellen. Der Dritte Sektor ist in Deutschland

- eine bedeutende Wirtschaftskraft,
- von hoher arbeitsmarktpolitischer Relevanz,
- auf einen hohen Anteil öffentlicher Finanzierung angewiesen,
- durch die große Bedeutung der Bereiche Gesundheitswesen und Soziale Dienste gekennzeichnet.

Im Jahr 1990 tätigte der Sektor in Deutschland (alte Länder) Ausgaben von rund 95 Milliarden Mark. Dieser Wert hat sich 1995 auf rund 135 Milliarden Mark und damit beachtlich erhöht (vgl. Tabelle 1).

Einen hohen Anteil an dem zwischen 1990 und 1995 eingetretenen Wachstum hat die Entstehung des Sektors in den neuen Bundesländern (Priller 1998, 1997). Der Anteil des Nonprofit-Sektors der neuen Bundesländer kann im Jahr 1995 mit rund 20 Prozent des Gesamtumfangs beziffert werden.

Herauszustellen ist insbesondere die arbeitsmarktpolitische Bedeutung des Sektors. So waren 1995 rund 2,1 Millionen Bundesbürger im Nonprofit-Sektor beschäftigt. Umgerechnet in Vollzeitäquivalente entsprach dies etwa 1,4 Millionen Vollzeit Arbeitsplätzen. Damit hatte der Nonprofit-Sektor in Deutschland 1995 einen

Anteil an der Gesamtbeschäftigung von fast fünf Prozent (Priller et al. 1999). Nach seiner Beschäftigungsintensität entspricht der Dritte Sektor in Deutschland in etwa der Transportindustrie oder dem Kommunikationssektor.

Tab. 1: Ausgaben und Beschäftigung im deutschen Nonprofit-Sektor 1990 (früheres Bundesgebiet) und 1995 (Deutschland insgesamt)

	1990 (nur früheres Bundesgebiet)	1995 (Deutschland insgesamt)
Gesamtausgaben des Nonprofit-Sektors in Millionen DM	93.417	135.400
Gesamtausgaben des Nonprofit-Sektors in Prozent des Bruttosozialprodukts	3,9	3,9
Nonprofit-Sektor		
Beschäftigung in Vollzeitäquivalenten	1.017.945	1.440.350
Beschäftigung insgesamt (Vollzeit, Teilzeit, geringfügig)	1.300.000	2.100.000
Nonprofit-Sektor, Beschäftigung in Prozent der Gesamtwirtschaft in Vollzeitäquivalenten	3,74	4,93

Datenbasis: Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project, Teilstudie Deutschland

Unter Berücksichtigung der ehrenamtlichen und freiwillig geleisteten Tätigkeiten wird der wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Stellenwert des Sektors noch deutlicher. Gemäß den Ergebnissen der repräsentativen Befragungen zum ehrenamtlichen Engagement der Bevölkerung ist jeder fünfte in Deutschland in Nonprofit-Organisationen unentgeltlich tätig.¹ Rechnet man dies in Beschäftigtenzahlen um, so arbeitet im Dritten Sektor eine weitere Million Personen (berechnet in Vollzeitäquivalenten). Bei Berücksichtigung der ehrenamtlich Engagierten beläuft sich also die Gesamtzahl der im Dritten Sektor Beschäftigten (Vollzeitäquivalente) auf knapp 2,5 Millionen Personen. Der Anteil des Dritten Sektors an der Gesamtbeschäftigung erhöht sich danach auf acht Prozent.

Wie dynamisch sich der Dritte Sektor als wichtiger Teil des Arbeitsmarktes entwickelt hat, wird insbesondere in der Langzeitperspektive deutlich. Wenn man den Zeitraum zwischen 1960 und 1995 vergleicht, zeigt sich im Dritten Sektor eine kontinuierliche Beschäftigungszunahme auf hohem Niveau, die jene im öffentlichen Sektor deutlich übertrifft (vgl. Tabelle 2).

Tab. 2: Beschäftigtenzahl und prozentuales Beschäftigtenwachstum 1960-1995, früheres Bundesgebiet

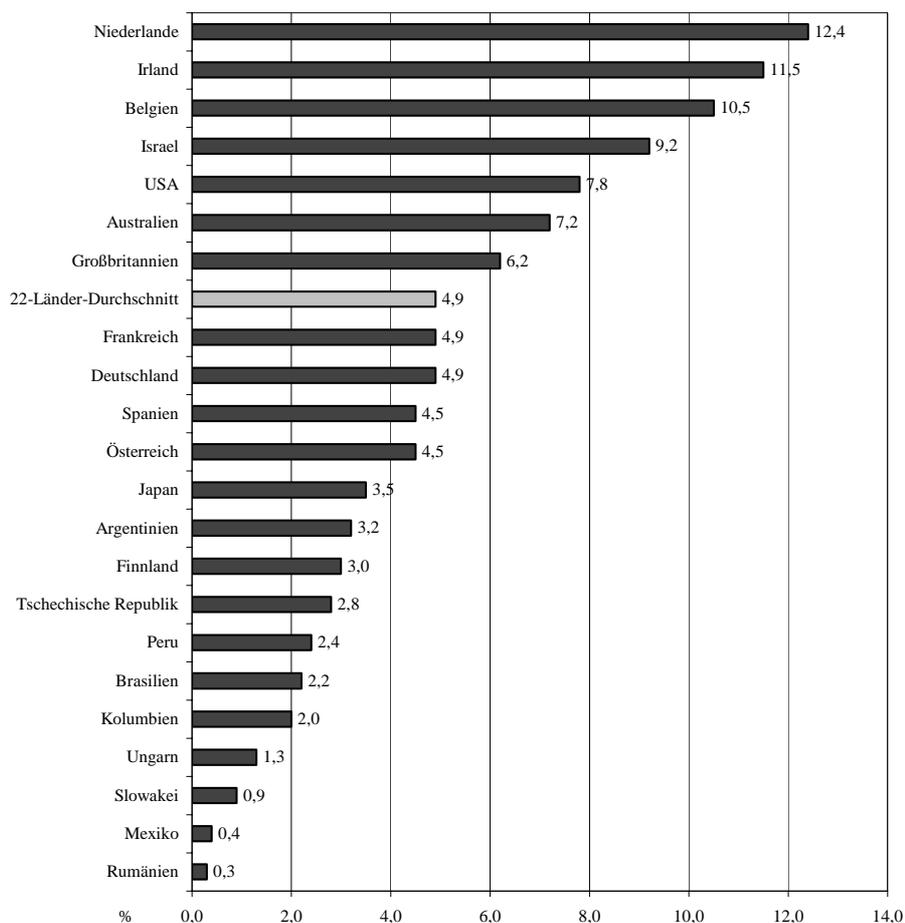
	Erwerbswirtschaft		Öffentlicher Sektor		Nonprofit-Sektor	
	Beschäftigte (in Tausend)	Veränderung zu 1960 (in Prozent)	Beschäftigte (in Tausend)	Veränderung zu 1960 (in Prozent)	Beschäftigte (in Tausend)	Veränderung zu 1960 (in Prozent)
1960	23.201	100	2.098	100	383	100
1970	22.937	99	2.978	142	529	138
1980	22.126	95	3.929	187	925	242
1990	22.864	99	4.303	205	1.256	328
1995	22.754	98	4.225	201	1.430	373

Datenbasis: Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project, Teilstudie Deutschland

Außerdem liegt die Beschäftigungszunahme in den Nonprofit-Organisationen von 1990 zu 1995 merklich über dem in diesem Zeitraum eingetretenen Beschäftigungsrückgang im Öffentlichen Sektor. Folglich sind im Dritten Sektor in dieser

Zeit bedeutend mehr Arbeitsplätze entstanden als im Öffentlichen Sektor abgebaut wurden. Besonders hervorzuheben ist die dynamische Beschäftigungsentwicklung im Dritten Sektor in den neuen Bundesländern. Hier hat sich die Anzahl der Beschäftigten in Nonprofit-Organisationen zwischen 1990 und 1995 insgesamt verdreifacht (Priller et al. 1999: 15f.).

Abb. 2: Anteil der Beschäftigten des Nonprofit-Sektors an der Gesamtbeschäftigung 1995



Datenbasis: Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project

Obgleich der Sektor sich in Deutschland durch eine hohe arbeitsmarktpolitische Dynamik auszeichnet und seine Bedeutung als wichtiger Faktor des Arbeitsmarktes nicht zu unterschätzen ist, nimmt er gemessen an seinen Beschäftigtenzahlen im internationalen Vergleich nur eine mittlere Position ein. Im 22-Länder-Vergleich der

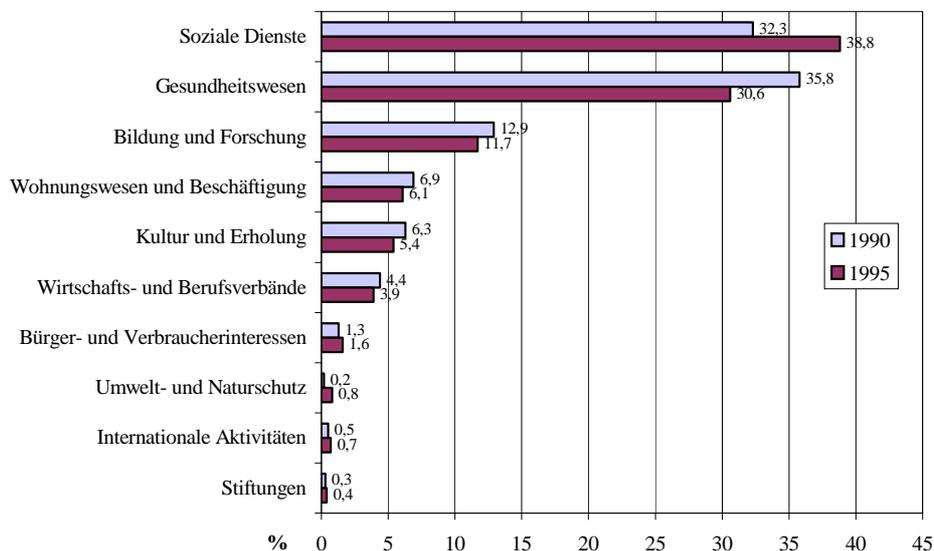
am John Hopkins-Projekt beteiligten Länder kommt Deutschland eine Position zu, die genau dem Durchschnitt entspricht (Salamon/Anheier 1999: 17).

Der Grund für den im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern arbeitsmarktpolitisch geringeren Stellenwert des Sektors ist insbesondere in der internen Strukturierung des Dritten Sektors in Deutschland zu sehen. Während sich in den beschäftigungsintensiven Ländern, wie etwa den Niederlanden oder Belgien, die enge Kooperation zwischen Staat und Nonprofit-Sektor auf das gesamte Spektrum der Tätigkeitsfelder der Nonprofit-Organisationen erstreckt, trifft dies in Deutschland primär auf die zentralen wohlfahrtsstaatlichen Bereiche des Gesundheitswesens und der Sozialen Dienste zu. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, wie etwa Großbritannien (vgl. Kendall/Almond 1999: 185) ist darüber hinaus gerade der beschäftigungsintensive und deutlich zunehmende Bereich von Bildung und Forschung in Deutschland vorwiegend staatlich organisiert.

3.3 Zur internen Strukturierung des Sektors

Gemessen an den wirtschaftlichen Indikatoren „Ausgaben“ und „Beschäftigung“ ist der Dritte Sektor in Deutschland vorrangig durch die Kernbereiche wohlfahrtsstaatlicher Dienstleistungserstellung, nämlich durch das Gesundheitswesen und die Sozialen Dienste, geprägt.

Abb. 3: Beschäftigte im Nonprofit-Sektor nach Bereichen, Anteile am gesamten Sektor 1995 in Prozent (Basis: Vollzeitäquivalente)



Datenbasis: Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project, Teilstudie Deutschland

Insgesamt 70 Prozent der Beschäftigten sowie 62 Prozent der Gesamtausgaben des Sektors entfallen auf diese beiden Bereiche. 1995 befand sich fast jeder dritte Ar-

beitsplatz des Sektors im Gesundheitswesen, und jede dritte Mark wurde dort ausgegeben. Für den Bereich der Sozialen Dienste waren es sogar etwas mehr als jeder dritte Arbeitsplatz und mehr als jede vierte Mark (Priller et al. 1999: 17). Doch auch im Vergleich zu den Anbietern der beiden anderen Sektoren „Markt“ und „Staat“ kommt den Nonprofit-Organisationen in diesen beiden Bereichen eine herausragende Position zu. So werden im Bereich „Soziale Dienste und Hilfen“ mehr als 60 Prozent aller Einrichtungen und Dienste von Nonprofit-Organisationen bereitgestellt. Konkret stellt sich der Wohlfahrtsmix in diesem Bereich wie folgt dar: 61,2 Prozent Nonprofit-Organisationen, 22,1 Prozent Öffentlicher Sektor, 16,7 Prozent kommerzielle Anbieter. Im „Gesundheitswesen“ beläuft sich der Anteil der Nonprofit-Organisationen an der Dienstleistungserstellung immerhin auf 34,4 Prozent, während 48,8 Prozent dem Öffentlichen Sektor und 16,8 Prozent dem Sektor Markt zuzurechnen sind (Zimmer/Nährlich 1998: 68).

Warum Nonprofit-Organisationen in den Bereichen der Sozialen Dienste und des Gesundheitswesens ein derart prominenter Stellenwert zukommt, ist in direktem Zusammenhang zu dem hier wirkenden Subsidiaritätsprinzip zu sehen, das Nonprofit-Organisationen bei der Erstellung sozialer Dienstleistungen eine Vorrangstellung gegenüber öffentlichen wie auch privat-kommerziellen Anbietern einräumt. Diese Interpretation des Subsidiaritätsprinzips hatte weitreichende Folgen: Zum einen führte sie zu einem bemerkenswerten Wachstum der Wohlfahrtsverbände (vgl. Rauschenbach/Schilling 1995: 336f.), die sich gleichzeitig aufgrund der engen Zusammenarbeit mit staatlichen Instanzen in Organisationskultur und -verhalten zunehmend dem Öffentlichen Sektor anpaßten (Bauer 1990). Von weiten Teilen der Bevölkerung werden sie daher auch nicht als eigenständiger Bereich, sondern eher als „privat organisierter Wohlfahrtsstaat“ betrachtet. Zum anderen hatte die vorrangig auf die Wohlfahrtsverbände bezogene Interpretation des Subsidiaritätsprinzips eine Zerteilung des Dritten Sektors in Deutschland zur Folge: Vor allem im Hinblick auf die Ressourcenausstattung, aber zum Teil auch hinsichtlich des Inputs an ehrenamtlicher Arbeit, kann man zwischen den vergleichsweise staatsnah organisierten und hochprofessionalisierten Bereichen Gesundheitswesen und Soziale Dienste und den verhältnismäßig staatsfern sowie stärker von ehrenamtlicher Arbeit geprägten Tätigkeitsfeldern von Nonprofit-Organisationen, insbesondere den Bereichen Freizeit und Sport, unterscheiden (vgl. Zimmer 1997).

3.4 Zur Ressourcenstruktur des Sektors

3.4.1 Finanzierungsstruktur

Die Staatsnähe des Dritten Sektors in Deutschland zeigt sich besonders an seiner Finanzierungsstruktur, wie vor allem der internationale Vergleich verdeutlicht (vgl. Tabelle 3).

Tab. 3: Finanzierungsstruktur des Dritten Sektors im Vergleich, in Prozent der Gesamtfinanzierung

	Deutschland	19-Länder-Durchschnitt
Öffentliche Hand	64,3	42,0
Spenden und Sponsoring	3,4	11,0
Selbsterwirtschaftete Mittel (einschließlich Mitgliedsbeiträge)	32,3	47,0

Datenbasis: Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project

International bilden selbsterwirtschaftete Mittel in Form von Gebühren, Entgelten sowie Mitgliedsbeiträgen mit einem Anteil von 47 Prozent an den Gesamteinnahmen die Haupteinnahmequelle des Nonprofit-Sektors. Danach kommen mit einem Anteil von 42 Prozent an den Gesamteinnahmen die Zuwendungen der öffentlichen Hand, worunter im Rahmen des Johns-Hopkins-Projektes auch die Zuweisungen und Leistungsentgelte der Sozialversicherungen gefaßt werden. Den geringsten Anteil an der Finanzierung des Nonprofit-Sektors haben im internationalen Vergleich mit insgesamt elf Prozent die Spendenmittel und Sponsorengelder (Salamon/Anheier 1999: 24).

Deutschland weicht insofern erheblich von dieser Finanzierungsstruktur ab, als die wichtigste Einnahmequelle des Nonprofit-Sektors hier der Staat und die Zuwendungen der Sozialversicherungen bilden. Insgesamt ist deutlich mehr als die Hälfte der Einnahmen des Sektors – 64,3 Prozent – gesetzlich festgelegt und wird über die Sozialversicherungen oder direkte öffentliche Zuwendungen finanziert. Dementsprechend niedriger fällt der Anteil der selbsterwirtschafteten Mittel an der Gesamtfinanzierung des Sektors aus, der sich in Deutschland auf 32 Prozent beläuft. Schließlich ist der im internationalen Vergleich sehr geringe Anteil der Finanzierung über Spenden und Sponsoringmittel herauszustellen. Konkret haben Spenden- und Sponsorengelder nur einen Anteil von drei Prozent an der Gesamtfinanzierung des Sektors in Deutschland.

Tab. 4: Einnahmequellen des Nonprofit-Sektors nach Bereichen, 1990 (früheres Bundesgebiet) und 1995 (Deutschland insgesamt) (in Prozent)

Bereich	Öffentliche Hand		Spenden		Selbsterwirtschaftete Mittel	
	1990	1995	1990	1995	1990	1995
	in Prozent					
Kultur und Erholung	16,8	20,4	9,4	13,4	73,8	66,2
Bildung und Forschung	69,9	75,4	2,0	1,9	28,1	22,6
Gesundheitswesen	83,9	93,8	2,6	0,1	13,4	6,1
Soziale Dienste	82,6	65,5	7,3	4,7	10,1	29,8
Umwelt- und Naturschutz	23,2	22,3	3,7	15,6	73,1	62,1
Wohnungswesen	57,2	0,9	0,0	0,5	42,7	98,6
Bürger-/Verbraucherinteressen	41,9	57,6	4,5	6,6	53,6	35,8
Stiftungen	14,8	10,4	0,5	3,4	84,7	86,2
Internationale Aktivitäten	76,9	51,3	16,8	40,9	6,2	7,8
Wirtschafts- und Berufsverbände	5,5	2,0	0,3	0,8	94,3	97,2
Insgesamt	68,2	64,3	3,9	3,4	27,9	33,3

Datenbasis: Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project, Teilstudie Deutschland

Allerdings ist der Finanzierungsmix nicht in allen Bereichen gleichermaßen von den öffentlichen Geldern und Zuwendungen der Sozialversicherungsträger dominiert. Es sind vor allem die beschäftigungsintensiven Bereiche Gesundheitswesen (94%), Bildung und Forschung (76%) sowie Soziale Dienste (66%), die sich durch eine überwiegende bzw. nahezu vollständige öffentliche Finanzierung auszeichnen. Auf den ersten Blick ist sicherlich überraschend, daß auch die Bereiche Bürger- und Verbraucherinteressen (58%) sowie Internationale Aktivitäten (52%) überwiegend öffentlich finanziert sind. Dies ist jedoch ebenfalls im wesentlichen auf die Tradition der Subsidiarität zurückzuführen. So sind in Deutschland unter dem Dach der Wohlfahrtsverbände auf lokaler Ebene zahlreiche Dritte-Sektor-Organisationen wie etwa Schuldnerberatungen, Frauenberatungs- oder Verbraucherberatungseinrichtungen tätig, die meist in kommunalem Auftrag als private Träger Aufgaben im öffentlichen Interesse wahrnehmen (vgl. Priller et al. 1999: 109-113).

Der geringe Spendenanteil an der Gesamtfinanzierung sollte nicht dazu verleiten, diesen Bereich in Deutschland unterzubewerten. Gerade für international tätige Dritte-Sektor-Organisationen (Bereich Internationale Aktivitäten) hat diese Finanzierungsquelle eine ganz erhebliche Bedeutung. Hier schlagen vor allem die Spendenaufrufe der Entwicklungshilfe- sowie der internationalen Hilfsorganisationen, angefangen von den kirchlichen Hilfswerken „Misereor“ und „Brot für die Welt“ bis hin zum „Roten Kreuz“, zu Buche. Aus einer vergleichenden Perspektive ist es sicherlich überraschend, daß auch dieser Tätigkeitsbereich, trotz des erheblichen Spendenaufkommens überwiegend staatlich finanziert ist. Dies ist dadurch zu erklären, daß Deutschland kaum über staatliche Organisationen der Entwicklungshilfe verfügt. Auch in diesem Bereich wird in hohem Maße auf Dritte-Sektor-Organisationen zur Erfüllung staatlicher Aufgaben zurückgegriffen (Nährlich/Zimmer 2000).

Bemerkenswert ist der geringe Anteil selbsterwirtschafteter Mittel an der Finanzierung des deutschen Dritten Sektors. Auch bei einer bereichsspezifischen Betrachtung verändert sich der nachhaltige Eindruck der Staatslastigkeit des Sektors nur geringfügig, da nur wenige Tätigkeitsfelder sich zu mehr als 50 Prozent durch eigenerwirtschaftete Mittel finanzieren. Zudem sind die Bereiche, deren Finanzierungsmix sich durch einen vergleichsweise hohen Anteil selbsterwirtschafteter Mittel auszeichnet, klassischerweise durch Mitgliederorganisationen geprägt. So finanzieren sich Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften selbstverständlich vorrangig über Mitgliederbeiträge. Entsprechendes gilt im Bereich Kultur und Erholung für die Sport- und Kulturvereine. Der erhebliche Anteil der selbsterwirtschafteten Mittel im Bereich Umwelt- und Naturschutz ist dagegen nur zum Teil auf Mitgliederbeiträge zurückzuführen. Entscheidend sind hier Einnahmen der großen, in diesem Bereich tätigen und im wesentlichen am Markt orientierten Forschungs- und Beratungseinrichtungen. Der hohe Anteil der Finanzierung am Markt im Bereich des Wohnungswesens ist ein Ergebnis der Veränderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen, die die bislang gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaften unter Marktgesetze stellten. Der Anteil der öffentlichen Gelder an der Gesamtfinanzierung des Sektors ist zwar auch in Deutschland, analog zum internationalen Trend (Salamon/Anheier 1999: 29), von 1990 bis 1995 um vier Prozent zurückgegangen, gleichwohl kommt der öffentlichen Hand in Deutschland bei der Finanzierung des Sektors nach wie vor eine zentrale Bedeutung zu.

Allerdings verändert sich das Bild deutlich, wenn man nicht den gesamten Sektor in den Blick nimmt, sondern die Meso-Ebene der Organisationen betrachtet. Bei der Mehrheit der Dritte-Sektor-Organisationen handelt es sich nämlich um kleinere und lokal tätige Vereine, die sich überwiegend über Mitgliederbeiträge finanzieren. Die Ergebnisse der im Rahmen der deutschen Teilstudie durchgeführten Organisationsbefragung vermitteln daher auch einen anderen Eindruck von der Finanzierungsstruktur der Nonprofit-Organisationen in Deutschland. Von den Organisationen, die sich an der Befragung beteiligten (2.240), berichteten nur 33 Prozent, daß sie mehr als die Hälfte ihrer Einnahmen aus staatlichen Zuwendungen und Subventionen, einschließlich Leistungsentgelten der Sozialversicherungen, erhalten. 23 Prozent gaben an, daß sie über keine dominierende Einnahmequelle verfügen und sich insofern durch eine ausgewogene, auf mehrere Quellen zurückgreifende Ressourcenstruktur auszeichnen. Demgegenüber finanzierten sich 26 Prozent der befragten Organisationen mindestens zur Hälfte aus Mitgliedsbeiträgen und 18 Prozent überwiegend entweder aus Spenden, eigenerwirtschafteten Mitteln oder Kapitalerträgen (Zimmer/Priller 1999: 54). Doch auch diese Analyseebene weist deutlich auf die „Zweiteilung“ des Sektors hin. Wichtige Bereiche des Sektors sind als quasi-staatliche Einrichtungen funktional in den Verwaltungsvollzug eingebunden, während die Mehrheit der kleineren Organisationen, die überwiegend mit dem Vereinswesen gleichzusetzen ist, eher einen integralen Bestandteil der zivilgesellschaftlichen Infrastruktur der deutschen Gesellschaft konstituiert (Anheier et al. 2000).

3.4.2 Ehrenamtliche Arbeit

Trotz des Übergewichts staatlicher Finanzierung in einem Teil des Dritten Sektors in Deutschland hat das ehrenamtliche Engagement für Nonprofit-Organisationen ohne jeden Zweifel einen fundamentalen Stellenwert (Klages 2000). Darauf weist bereits die große Zahl der Organisationen im Bereich Sport und Freizeit hin, die zu einem hohen Anteil von ehrenamtlichem Engagement getragen werden (vgl. Tabelle 5). Rein ökonomisch betrachtet, kommt im Nonprofit-Sektor Deutschlands auf drei hauptamtliche Vollzeitkräfte jeweils der Arbeitsaufwand (umgerechnet auf Vollzeit) von zwei Ehrenamtlichen (Priller/Zimmer 1999: 128f.). Allerdings stellt sich dieses Verhältnis in den einzelnen Bereichen des Dritten Sektors sehr unterschiedlich dar.

Obwohl die Organisationen im Bereich Kultur und Erholung 1995 nur 5,4 Prozent der bezahlten Nonprofit-Beschäftigung ausmachten, sind in ihnen die meisten ehrenamtlichen und freiwilligen Mitarbeiter tätig. Bezieht man die ehrenamtliche Arbeit in die arbeitsmarktpolitische Bilanz dieses Tätigkeitsbereichs mit ein, so kommt man auf ein Äquivalent von 400.000 Vollzeitarbeitsplätzen. Unter Berücksichtigung der zusätzlich zur regulären Beschäftigung in diesem Tätigkeitsfeld investierten Zeit entfallen rund 20 Prozent des im Dritten Sektor geleisteten Gesamtzeitaufwandes auf den Freizeitbereich. Hier war 1995 mehr als ein Drittel aller im Nonprofit-Sektor ehrenamtlich Engagierten tätig, und in diesem Bereich wurden rund 30 Prozent aller ehrenamtlichen und freiwilligen Arbeit geleistet, und dies überwiegend in Sportvereinen und ähnlichen Organisationen. Zwar sind auch im Gesundheitswesen, bei den Sozialen Diensten, bei Umweltschutzgruppen und Staats-

bürgervereinigungen freiwillige und ehrenamtliche MitarbeiterInnen tätig, doch sie sind hier keineswegs so stark vertreten wie in den geringer professionalisierten und stärker von ehrenamtlicher Arbeit geprägten Bereichen (Priller/Zimmer 1999: 132).

Tab. 5: Organisationen, Mitglieder und ehrenamtliches Engagement

Bereich	Anzahl der Organisationen (in 1000)	Ehrenamtliche 1996 ¹ (in 1000)	Anteil der Ehrenamtlichen (in Prozent)	Geleistete Stunden ¹ (in 1000)
Kultur und Erholung	160,1	5 866	35,2	738 182
Bildung und Forschung	10,0	330	2,0	27 025
Gesundheitswesen	3,6	1 318	7,9	156 869
Soziale Dienste	130,0	1 187	7,1	181 530
Umwelt- und Naturschutz	30,0	857	5,1	102 827
Wohnungswesen/Beschäftigung	1,5	132	0,8	36 121
Bürger- und Verbraucherinteressen	40,0	725	4,4	192 234
Stiftungen	6,0	198	1,2	36 385
Internationale Aktivitäten	0,4	396	2,3	52 600
Wirtschafts- und Berufsverbände	5,0	593	3,6	86 019
Sonstige (Religion u.a.)	30,0	5 076	30,4	715 376
Insgesamt	416,6	16 678	100	2 325 168

1 Untersuchung: Sozialwissenschaften-Bus III/1996 (3 000 Befragte)

Datenbasis: Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project, Teilstudie Deutschland

3.5 Zur zivilgesellschaftlichen Bedeutung des Dritten Sektors

Allerdings wäre es falsch, die Bedeutung des Nonprofit-Sektors in Deutschland rein unter ökonomischen Aspekten zu betrachten, wie dies vor allem im Rahmen des Johns-Hopkins-Projektes erfolgt ist. Zumindest gleichgewichtig sollte die zivilgesellschaftliche Relevanz des Sektors Beachtung finden. Aus demokratietheoretischer Perspektive kommt in der Tradition von de Tocqueville dem „Assoziationswesen“ der freiwilligen Vereinigungen und Vereine für die Vertiefung und Weiterentwicklung der Demokratie ein ganz wichtiger Stellenwert zu. Es sind diese freiwilligen Vereinigungen bzw. Assoziationen, die den Nexus bilden zwischen dem Dritte-Sektor-Ansatz und dem zivilgesellschaftlichen Diskurs (Anheier et al. 2000). Auf das „Assoziationswesen“, wie es im Geleitzug der Moderne bei der Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft entstanden ist, nehmen alle zivilgesellschaftlichen Autoren Bezug. So bildet für Habermas „den Kern ... der Zivilgesellschaft ... ein Assoziationswesen, das problemlösende Diskurse zu Fragen allgemeinen Interesses im Rahmen veranstalteter Öffentlichkeit institutionalisiert“ (Habermas 1992: 443f.). Für Ralf Dahrendorf ist die Bürger- oder Zivilgesellschaft in klassisch liberaler Tradition gekennzeichnet durch „die Existenz autonomer, d.h. nicht staatlicher oder in anderer Weise zentral geleiteter Organisationen“, die „die autonome Äußerung von Interessen, Werten und Vorlieben“ (Dahrendorf 1991: 262) ermöglichen. Und der der philosophisch-ideologischen Richtung des Kommunitarismus zuzurechnende Michael Walzer beschreibt die zivile Gesellschaft „als Raum von (zwischen)menschlichen Vereinigungen, die nicht erzwungen sind“ (Walzer 1992: 65).

Trotz dieser Gemeinsamkeit läßt sich jedoch zwischen dem zivilgesellschaftlichen und dem Dritte-Sektor-Ansatz ein Unterschied hinsichtlich der Perspektive feststellen, aus der die Assoziationen jeweils betrachtet werden. Während der zivilgesellschaftliche Diskurs freiwillige Vereinigungen ausschließlich auf der Input-Seite des politisch-administrativen Systems verortet und damit in ihrer Wirkung auf Staat und Politik behandelt, trifft diese einseitige Sichtweise für den Dritte-Sektor-Ansatz nicht zu. Unter diesem Ansatz wird sowohl ein ökonomisches Leistungsprofil der Nonprofit-Organisationen erstellt, als auch der Sektor als Raum und gesellschaftliche Sphäre für Selbstorganisation, Mitgliedschaft und aktives Engagement betrachtet (vgl. Anheier et al. 2000).

Wie steht es nun um die zivilgesellschaftliche Bedeutung des Dritten Sektors in Deutschland? Welchen Umfang hat das aktive Engagement, und wie dynamisch ist die Organisationsentwicklung im Dritten Sektor Deutschlands verlaufen? Besonders herauszustellen ist die Gründungsdynamik im Vereinswesen. Seit den Anfängen des Deutschen Sportbundes im Jahre 1950 sind allein im Sport jährlich zwischen 1.000 bis 4.000 Vereine neu gegründet worden. Eine entsprechend hohe Dynamik weist der Bereich der Selbsthilfegruppen und Initiativen auf, deren Zahl von 25.000 im Jahre 1985 auf 60.000 im Jahre 1995 gestiegen ist (Priller/Zimmer 1999: 131-135). Die Ergebnisse der im Rahmen der deutschen Teilstudie des Johns-Hopkins-Projektes durchgeführten Organisationsbefragung bestätigen den Befund einer dynamischen Entwicklung des Sektors. Ein beachtlicher Teil der Organisationen ist in den vergangenen zehn Jahren entstanden.

Tab. 6: Gründungszeitraum von Nonprofit-Organisationen nach Bereichen

Bereiche	bis 1945	1945-1967	1968-1988	1989-1998
	in Prozent			
Kultur und Erholung	31	18	27	24
Bildung und Forschung	16	36	30	18
Gesundheitswesen	30	16	29	25
Soziale Dienste	21	18	37	25
Umwelt- und Naturschutz	19	12	47	22
Wohnungswesen und Beschäftigung	51	24	7	18
Bürger- und Verbraucherinteressen	24	32	26	28
Stiftungen	2	12	41	23
Internationale Aktivitäten	2	28	43	27
Wirtschafts- und Berufsverbände	14	45	10	31
Insgesamt	24	21	32	25

Datenbasis: Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project, Teilstudie Deutschland; WWU Münster/WZB-Organisationserhebung 1998, n=2.240

Eine positive Bilanz weist auch der Sektor in den neuen Bundesländern auf. Seit 1990 ist in Ostdeutschland eine vielfältige Organisationslandschaft durch einen wahren Gründungsboom entstanden (Priller 1997). Die Gründungswelle schwächte sich zwar in den letzten Jahren ab, sie hat aber weiter ein hohes Niveau. Besonders die Anzahl der eingetragenen Vereine steigt bis in die Gegenwart kontinuierlich an. Inzwischen wurde in Erfurt, Dresden, Magdeburg, Potsdam und Schwerin eine Vereinsdichte erreicht, die bei 650 Vereinen je 100.000 Einwohner liegt und damit quantitativ mit dem Niveau der alten Bundesländer vergleichbar ist. Insgesamt sind

zwischen 80.000 und 100.000 Vereine in den neuen Bundesländern aktiv (Zimmer/Priller 1999: 33), wobei die Organisationen mehrheitlich erst nach 1990 entstanden sind.

Übereinstimmend wird in aktuellen Studien (Klages 2000; Rosenblatt 2000) die zunehmende Bereitschaft der Bevölkerung herausgestellt, sich zu engagieren und aktiv an der gesellschaftlichen Entwicklung teilzuhaben. Dieses Ergebnis wird auch von der im Rahmen der deutschen Teilstudie des Johns-Hopkins-Projektes durchgeführten repräsentativen Bevölkerungsumfrage zum ehrenamtlichen Engagement bestätigt. Ferner kommt diese Untersuchung, ebenfalls analog zu anderen Studien, zu dem Ergebnis, daß hierbei den Motiven „Spaß haben“ sowie „Menschen treffen/Freunde gewinnen“ ein hoher Stellenwert zukommt. Neben diesen eher hedonistischen Motiven kommt jedoch auch traditionell altruistischen Einstellungen, wie etwa „Anderen helfen“ sowie „Etwas bewegen wollen“ ein durchaus hoher Stellenwert auf der Prioritätenliste der Motive für Engagement zu.

Tab. 7: Motive für das Engagement in Nonprofit-Organisationen

Motiv	trifft voll und ganz zu	trifft eher zu	trifft eher nicht zu	trifft über- haupt nicht zu
Macht Spaß	65	33	2	–
Menschen treffen/ Freunde gewinnen	48	44	6	2
Aktiv bleiben	40	39	13	8
Etwas bewegen wollen	36	41	18	5
Erweitert Lebenserfahrung	33	47	15	5
Anderen helfen, gibt Leben einen Sinn	32	53	13	2
Fähigkeiten/Kenntnisse einbringen	31	54	11	4
Moralische Notwendigkeit	25	39	20	16
Religiöse Überzeugung	19	23	18	40
Neue Fertigkeiten erwerben	18	43	26	13
Politische Überzeugung	15	19	25	41
Gesellschaftliche Anerkennung	9	36	38	17

Datenbasis: Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project, Teilstudie Deutschland; Sozialwissenschaften-Bus 1996, n= 3.097

Wichtig ist in diesem Zusammenhang ferner, daß in allen empirischen Studien zum ehrenamtlichen Engagement eine hohe Bereitschaft bei denjenigen ermittelt wurde, die bisher noch nicht aktiv tätig waren. In einer aktuellen Studie wurde hierbei sogar eine Engagementbereitschaft von 40 Prozent ermittelt (Klages 2000: 40). Auch hinsichtlich der Gründe, warum man sich noch nicht engagiert hat, kommen die Studien zu einem übereinstimmenden Ergebnis. An erster Stelle wird jeweils genannt, daß man nicht persönlich gefragt oder gebeten worden sei (Priller/Zimmer 1999: 135). Dies weist darauf hin, daß die Infrastruktur zur Förderung einer aktiven Beteiligung in Deutschland noch nicht stark ausgebaut ist. Obgleich sich die Freiwilligenzentralen, die als Beispiel angeführt werden können, inzwischen auch in Deutschland großer Beliebtheit erfreuen, bleibt im Hinblick auf die Förderung und begleitende Stützung ehrenamtlichen Engagements und freiwilliger Betätigung noch viel zu tun.

Tab. 8: Tätigkeitsebenen von Nonprofit-Organisationen

Tätigkeitsebene	vor allem	zum Teil in Prozent	gar nicht
Kommunal	66	27	7
Regional	40	51	9
Bundesland	33	44	23
National	25	35	40
International	11	35	54

Datenbasis: Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project, Teilstudie Deutschland; WWU Münster/WZB-Organisationserhebung 1998, n= 2.240

Hier sind in Deutschland besonders die Kommunen gefordert. So wurde im Rahmen der bundesweit durchgeführten Organisationsbefragung der deutschen Teilstudie des Johns-Hopkins-Projektes ermittelt, daß Dritte-Sektor-Organisationen primär auf der kommunalen oder regionalen Ebene tätig sind. Sie ergänzen vor Ort nicht nur das kommunale Dienstleistungsangebot, sondern sie bieten vor allem Raum für Selbstorganisation und können ein kritisches Potential gegenüber Staat und Verwaltung darstellen. Allerdings wird das kritische Potential der Organisationen von Staat und Verwaltung in Deutschland nicht sehr hoch geschätzt, vielmehr zielt man vorrangig darauf ab, die Organisationen möglichst nahtlos in den Verwaltungsapparat und Behördenvollzug zu integrieren. Aufgrund der schwierigen finanziellen Situation der öffentlichen Hand wird Nonprofit-Organisationen zunehmend der Betrieb beispielsweise von Schwimmbädern, Bibliotheken oder auch kleineren Museen übertragen (vgl. Roth 2000). Der Dritte Sektor wird insofern vor allem zur Staatsentlastung eingesetzt, während seine zivilgesellschaftliche Komponente nach wie vor eher gering geschätzt wird (vgl. Klages 2000: 44f.).

4. Schlußfolgerungen und Ausblick

Eingebettet in einen spezifischen historischen Entwicklungspfad kann der Dritte Sektor in Deutschland auf ein dynamisches Wachstum zurückblicken. Der Sektor hat sich inzwischen zu einem wichtigen ökonomischen Faktor von hoher arbeitsmarktpolitischer Bedeutung entwickelt. Die wirtschaftspolitische Bedeutung des Sektors basiert in Deutschland im wesentlichen auf dem funktionalen Einbau seiner Organisationen in den staatlichen Verwaltungsvollzug. Legitimiert durch das Subsidiaritätsprinzip agieren im deutschen Wohlfahrtsstaat Dritte-Sektor-Organisationen, namentlich die Wohlfahrtsverbände, als funktionale Äquivalente staatlicher sozialer Dienstleistungsersteller. Hierdurch ist die Staatsnähe der Sektors zu erklären, die insbesondere in einem im internationalen Vergleich hohen Anteil an öffentlichen Mitteln an der Finanzierung des Sektors zum Ausdruck kommt.

Allerdings trifft diese Abhängigkeit von staatlicher Finanzierung nicht für alle Tätigkeitsbereiche von Nonprofit-Organisationen in gleichem Maße zu. Im Prinzip ist der Dritte Sektor in Deutschland zweigeteilt: Vor allem in den Bereichen Kultur, Freizeit und Sport sowie Umwelt finden sich mehrheitlich Nonprofit-Organisationen, die sich im wesentlichen durch Mitgliederbeiträge und freiwillige Leistungen finanzieren und die sich durch ein bemerkenswertes Ausmaß an ehrenamtlichem

Engagement auszeichnen. Dagegen findet man vor allem in den sozialstaatlich orientierten Bereichen Organisationen, insbesondere dem Gesundheitswesen und den Sozialen Diensten, die ihre Einnahmen hauptsächlich aus Leistungen der Sozialversicherung und aus direkten staatlichen Zuwendungen beziehen. Gleichzeitig sind diese Bereiche in hohem Maße professionalisiert und werden insofern von der allgemeinen Öffentlichkeit kaum noch als Teil des Dritten Sektors betrachtet. In diesen Bereichen kooperieren Dritte-Sektor-Organisationen in Deutschland aufs engste mit dem Staat. De facto bilden diese Organisationen einen integralen Bestandteil des deutschen Wohlfahrtsstaates und unterscheiden sich insofern kaum von der umfassenden deutschen Bürokratie.

Aktuell ist der Dritte Sektor in Deutschland noch im wesentlichen von jenen Strukturprinzipien und Traditionslinien geprägt, die ihren Ursprung in der Industriemoderne des 19. Jahrhunderts haben und insofern längst nicht mehr zeitgemäß sind. Die weitere Entwicklung des Sektors hängt deshalb in entscheidendem Maße davon ab, wie die vorhandenen Modernisierungsdefizite überwunden werden.

Dies gilt im besonderen für die herausgehobene Stellung der im Sozialbereich tätigen Dritte-Sektor-Organisationen, die überwiegend den Wohlfahrtsverbänden angeschlossen sind. Anerkannt wurden die Wohlfahrtsverbände als exklusive Partner staatlicher Sozialpolitik im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, um den Konflikt zwischen Kirche und modernem Staat zu entschärfen. Ihre ökonomisch starke Stellung innerhalb des deutschen Nonprofit-Sektors verdanken sie der sehr spezifischen Interpretation des Subsidiaritätsprinzips, das zu seiner Entstehungszeit vor allem den kirchennahen Wohlfahrtsverbänden zugute kam. In jüngster Zeit hat der Gesetzgeber bereits Abstriche an der Privilegierung der Verbände vorgenommen und beispielsweise im Bereich der häuslichen Pflege die Anbieter der Wohlfahrtsverbände mit kommerziellen Anbietern gleichgestellt (Backhaus-Maul/Olk 1994). Auch die Europäische Union kritisiert die starke Stellung der Verbände in Deutschland, da nach ihrer Sicht die Privilegierung der Wohlfahrtsverbände in dem sich auf europäischer Ebene formierenden Sozialmarkt zu Wettbewerbsverzerrungen führt. Es ist also fraglich, ob die in wirtschaftlicher Hinsicht dominanten Wohlfahrtsverbände auch in Zukunft den Dritten Sektor in diesem Umfang prägen werden (Zimmer et al. 2000: 99-103).

Eine in Deutschland immer noch stark ausgeprägte Traditionslinie ist zweifellos die staatliche Reglementierung des Sektors, die sich infolge des obrigkeitstaatlichen Erbes und der direkten Einbindung dieser gesellschaftlichen Organisationen in den staatlichen Verwaltungsvollzug ergibt. So sind außerhalb des Sozialbereichs dem Engagement und insbesondere den ökonomischen Entfaltungsmöglichkeiten von Nonprofit-Organisationen enge Grenzen gesetzt. Der Dritte Sektor ist in Deutschland von seinen Rahmenbedingungen, namentlich der Rechtsform des Vereins und den Freiheitsgraden für eigenwirtschaftliche Aktivitäten, vorrangig als Bereich für Freizeit- und Hobbyaktivitäten konzipiert. Mit Dritte-Sektor-Organisationen werden in Deutschland mehrheitlich mitgliederschaftlich getragene Vereinigungen, sprich Vereine, in Verbindung gebracht. Die Zielsetzungen und Zwecke dieser Vereinigungen unterliegen nach wie vor staatlicher Genehmigungspflicht (Betzelt 2000).

Wie im 19. Jahrhundert angelegt, ist der Dritte Sektor in Deutschland auch heute noch entweder direkt funktional in den staatlichen Verwaltungsvollzug eingebunden, wie dies bei den Wohlfahrtsverbänden in hohem Maße der Fall ist, oder

aber der gesellschaftlichen Aktivität der Dritte-Sektor-Organisationen werden von seiten des Staates „Randbereiche“ der Selbstorganisation zugewiesen, wie diese im Bereich des Sports oder der Selbsthilfegruppen im Gesundheitswesen anzutreffen sind. Da wirtschaftliche Aktivitäten de jure und de facto für Dritte-Sektor-Organisationen in Deutschland nur schwer, wenn überhaupt zu realisieren sind, und der Staat bisher auch geringe Anreize gesetzt hat, die Stiftungs- und Spendenbereitschaft der Bevölkerung zu erhöhen, sind Nonprofit-Organisationen aufgrund ihrer limitierten Ressourcenstruktur enge Grenzen gesetzt. Sollte der Staat aufgrund zunehmender finanzieller Engpässe immer weniger in der Lage sein, den Sektor zu alimentieren, könnte dies zu einer erheblichen Veränderung der Struktur des Sektors führen. Die stärker zivilgesellschaftlich eingebetteten Organisationen mit vergleichsweise hoher Eigenfinanzierung und maßgeblicher Unterstützung durch Ehrenamtliche könnten dann das Bild des Sektors in Deutschland in Zukunft auch auf der Makroebene stärker prägen.

Die Ergebnisse aus Organisationsuntersuchungen deuten darauf hin, daß auch in Deutschland Nonprofit-Organisationen sich bemühen, ihre traditionelle „Abhängigkeit vom Staat“ durch eine stärkere marktwirtschaftliche Ausrichtung zu ersetzen. Es ist jedoch nicht davon auszugehen, daß diese Entwicklung zu einer grundlegenden Kommerzialisierung des Sektors führen wird, wie dies in den USA erfolgt ist. Es ist eher wahrscheinlich, daß die ökonomische Bedeutung des Sektors als wichtiger Teil der Volkswirtschaft, gemessen an seinen Ausgaben wie an seinen Arbeitsplätzen, zurückgehen wird, da viele, vor allem die großen Nonprofit-Organisationen den Sektor sozusagen „verlassen“ werden, indem sie sich für eine andere Organisations- und Rechtsform entscheiden. Deutlich wird dieser Trend bereits im Gesundheitswesen. Eine ganze Reihe von als Nonprofit-Organisationen geführten Krankenhäusern haben ihre Rechtsform inzwischen schon geändert und sich als GmbH konstituiert, womit sie dem For-profit-Bereich zuzurechnen sind. Wie die Ergebnisse der bundesweit durchgeführten Organisationsbefragung zeigen, wird sich dieser Trend einer Veränderung der Rechtsform im Gesundheitswesen auch weiter fortsetzen (Zimmer/Priller 1999: 50). Insofern könnte der Dritte Sektor in Deutschland, zumindest bei einer rein ökonomischen Betrachtung, wie sie im Johns-Hopkins-Projekt maßgeblich vorgenommen wurde, in Zukunft durchaus kleiner werden.

Schließlich ist aber auch zu fragen, ob wirtschaftliche Kennzahlen zur Größe des Sektors in der Tat ausreichende Indikatoren für die Relevanz und gesellschaftspolitische Wirksamkeit des Dritten Sektors sind. Gerade vor dem Hintergrund der deutschen obrigkeitsstaatlichen Tradition und eines Dritten Sektors, der auch heute noch in hohem Maße durch etatistische Strukturmerkmale geprägt wird, müssen die zivilgesellschaftlichen Momente dieses Sektors in Zukunft stärker als bisher ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt werden. Gerade die zivilgesellschaftlichen Qualitäten des Sektors, namentlich die Ausübung von Kontrollfunktionen gegenüber Staat und Verwaltung sowie die Wahrnehmung gesellschaftlicher Integrations- und Partizipationsfunktionen, sollten in Deutschland in Zukunft deutlich mehr Beachtung finden (Anheier et al. 2000).

Anmerkung

- 1 Andere Untersuchungen weisen einen höheren Anteil von engagierten Bürgern aus. Eine im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) durchgeführte repräsentative Erhebung (vgl. Rosenblatt/Picot 1999) kommt zu dem Ergebnis, daß 34 Prozent der Deutschen über 14 Jahre ehrenamtlich tätig sind. Davon engagieren sich rund 80 Prozent in Nonprofit-Organisationen.

Literaturverzeichnis

- Alemann, Ulrich von/Heinze, Rolf G./Wehrhöfer, Ulrich, 1999: Die Zukunft der Bürgergesellschaft, in: Alemann, Ulrich von/Heinze, Rolf G./Wehrhöfer, Ulrich (Hrsg.): Bürgergesellschaft und Gemeinwohl, Opladen: Leske + Budrich: 13-21
- Anheier, Helmut K./Priller, Eckhard/Seibel, Wolfgang/Zimmer, Annette, 1997: Einführung, in: Anheier, Helmut K./Priller, Eckhard/Seibel, Wolfgang/Zimmer, Annette (Hrsg.): Der Dritte Sektor in Deutschland, Berlin: sigma: 13-28
- Anheier, Helmut K./Priller, Eckhard/Zimmer, Annette, 2000: Zur zivilgesellschaftlichen Bedeutung des Dritten Sektors, in: Klingemann, Hans-Dieter/Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): Zukunft der Demokratie Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung, WZB-Jahrbuch, Berlin: sigma: 71-98
- Backhaus-Maul, Holger, 2000: Wohlfahrtsverbände als korporative Akteure, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 26-27: 22-30
- Backhaus-Maul, Holger/Olk, Thomas, 1994: Von Subsidiarität zum „outcontracting“: Zum Wandel der Beziehungen von Staat und Wohlfahrtsverbänden in der Sozialpolitik, in: Streeck, Wolfgang (Hrsg.): Staat und Verbände, Sonderheft 25 der PVS, Opladen: Westdeutscher Verlag: 100-135
- Bauer, Rudolph, 1990: Voluntary welfare associations in Germany and the United States: thesis on their historical development of intermediary systems, in: Voluntas, Vol. 1, No. 1: 96-111
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), 1999: Handbuch Stiftungen. Ziele – Projekte – Management – Rechtliche Gestaltung, Stuttgart: Gabler
- Betzelt, Sigrid, 2000: Der Dritte Sektor in „Fesseln“: Rechtliche und ökonomische Rahmenbedingungen, in: Nährlich, Stefan/Zimmer, Annette (Hrsg.): Management in Nonprofit-Organisationen, Opladen: Leske + Budrich: 37-61
- Boeßenecker, Karl-Heinz, 1997: Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in der BRD, Münster: Votum Verlag
- Boettcher, Erich (Hrsg.), 1957: Sozialpolitik und Sozialreform, Tübingen: Mohr
- Dahrendorf, Ralf, 1965: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München: Pieper
- Dahrendorf, Ralf, 1991: Die gefährdete Civil Society, in: Michalski, Krzysztof (Hrsg.): Europa und die Civil Society, Castalgandolfo-Gespräche 1989, Stuttgart: Gabler: 247-263
- Dettling, Warnfried, 1998: Wirtschaftskummerland? Wege aus der Globalisierungsfalle, München: Kindler
- Giddens, Anthony, 1999: Der Dritte Weg, Frankfurt: Suhrkamp
- Habermas, Jürgen, 1992: Faktizität und Geltung, Frankfurt: Suhrkamp
- Jakobi, Franz-Josef, 2000: Ein verpflichtendes Erbe – Stiftungen, Armenfürsorge und Sozialpolitik in Münster im Wandel der Jahrhunderte, in: Zimmer, Annette/Nährlich, Stefan (Hrsg.): Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven, Opladen: Leske + Budrich: 247-261
- Kendall, Jeremy/Almond, Stephen, 1999: United Kingdom, in: Salamon, Lester M. et al. (Hrsg.): Global Civil Society. Dimensions of the Nonprofit-Sector, Baltimore: Institute for Policy Studies, Johns Hopkins University: 179-199
- Klages, Helmut, 2000: Die Deutschen – ein Volk von Ehrenmännern?, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 13, H. 2: 33- 47

- Nährlich, Stefan/Zimmer, Annette, 2000: Germany, in: Anheier, Helmut K./List, Regina (Hrsg.): Cross Border Philanthropy, Baltimore: Charities Aid Foundation & The Johns Hopkins University Institute for Policy Studies: 19-35
- Pankoke, Eckhart, 2000: Freie Assoziationen – Geschichtliche Prämissen und gesellschaftliche Perspektiven moderner Genossenschaften, in: Zimmer, Annette/Nährlich, Stefan (Hrsg.): Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven, Opladen: Leske + Budrich: 189-211
- Priller, Eckhard, 1997: Der Dritte Sektor in den neuen Bundesländern, in: Anheier, Helmut K./Priller, Eckhard/Seibel, Wolfgang/Zimmer, Annette (Hrsg.): Der Dritte Sektor in Deutschland, Berlin: sigma: 99-125
- Priller, Eckhard, 1998: Der Dritte Sektor in einem etatistischen System, in: Strachwitz, Rupert Graf (Hrsg.) – Dritter Sektor – Dritte Kraft, Düsseldorf: Raabe: 535-553
- Priller, Eckhard/Zimmer, Annette, 1999: Ende der Mitgliederorganisationen?, in: Witt, Dieter/Blümle, Ernst-Bernd/Schauer, Reinbert/Anheier, Helmut K. (Hrsg.): Ehrenamt und Modernisierungsdruck in Nonprofit-Organisationen, Wiesbaden: Deutscher Universitäts Verlag: 127-147
- Priller, Eckhard/Zimmer, Annette/Anheier, Helmut K., 1999: Der Dritte Sektor in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 9: 12-21
- Rauschenbach, Thomas/Schilling, Matthias, 1995: Die Dienstleistenden: Wachstum, Wandel und wirtschaftliche Bedeutung des Personals in Wohlfahrts- und Jugendverbänden, in: Rauschenbach, Thomas/Sachße, Christoph /Olk, Thomas (Hrsg.): Von der Wertegemeinschaft zum Dienstleistungsunternehmen. Jugend- und Wohlfahrtsverbände im Umbruch, Frankfurt: Suhrkamp: 321-355
- Rosenblatt, Bernhard von, 2000: Große Vielfalt bei ehrenamtlicher Tätigkeit und bürgerschaftlichem Engagement, in: ISI 24: 6-10
- Rosenblatt, Bernhard von/Picot, Sibylle, 1999: Freiwilligenarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit und bürgerschaftliches Engagement: Repräsentative Erhebung 1999 – Überblick über die Ergebnisse, Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, München (Maschinenschrift)
- Roth, Roland, 2000: Bürgerschaftliches Engagement – Formen, Bedingungen, Perspektiven, in: Zimmer, Annette/Nährlich, Stefan (Hrsg.): Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven, Opladen: Leske + Budrich: 25-48
- Sachße, Christoph, 1994: Subsidiarität: Zur Karriere eines sozialpolitischen Ordnungsbegriffes, in: Zeitschrift für Sozialreform, Jg. 40, H. 1: 717-731
- Sachße, Christoph, 1995, Verein, Verband und Wohlfahrtsstaat: Entstehung und Entwicklung der „dualen“ Wohlfahrtspflege, in: Rauschenbach, Thomas/Sachße, Christoph /Olk, Thomas (Hrsg.): Von der Wertegemeinschaft zum Dienstleistungsunternehmen. Jugend- und Wohlfahrtsverbände im Umbruch, Frankfurt: Suhrkamp: 123-149
- Sachße, Christoph, 2000: Freiwilligenarbeit und private Wohlfahrtskultur in historischer Perspektive, in: Zimmer, Annette/Nährlich, Stefan (Hrsg.): Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven, Opladen: Leske + Budrich: 75-88
- Salamon, Lester M./Anheier, Helmut K., 1999: Der Dritte Sektor. Aktuelle internationale Trends, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung
- Seibel, Wolfgang 1992: „Dritter Sektor“, in: Bauer, Rudolph (Hrsg.): Lexikon des Sozial- und Gesundheitswesens, München: Oldenbourg: 455-460
- Strachwitz, Rupert Graf, 2000: Auf dem Weg in die Bürgergesellschaft. Anmerkungen zur Reform des Stiftungs- und Gemeinnützigkeitsrechts, in: Zimmer, Annette/Nährlich, Stefan (Hrsg.): Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven, Opladen: Leske + Budrich: 325-337
- Ullmann, Hans-Peter, 1988: Interessenverbände in Deutschland, Frankfurt: Suhrkamp
- Walzer, Michael, 1992: Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie, Berlin: Rotbuch
- Zimmer, Annette, 1996: Vereine – Basiselement der Demokratie, Opladen: Leske + Budrich
- Zimmer, Annette, 1997: Public-Private-Partnerships: Staat und Nonprofit-Sektor in Deutschland, in: Anheier, Helmut K./Priller, Eckhard/Seibel, Wolfgang/Zimmer, Annette (Hrsg.): Der Dritte Sektor in Deutschland, Berlin: sigma: 75-98

- Zimmer, Annette/Nährlich, Stefan, 1998: Zur volkswirtschaftlichen Bedeutung der Sozialwirtschaft, in: Arnold, Ulli/Maelicke, Bernd (Hrsg.): Lehrbuch der Sozialwirtschaft, Baden-Baden: Nomos: 64-79
- Zimmer, Annette/Priller, Eckhard, 1999: Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel. Abschlußbericht des Projektes der Hans Böckler Stiftung „Arbeitsplatzressourcen im Nonprofit-Sektor. Beschäftigungspotentiale, -strukturen und -risiken“, Münster/Berlin (Maschinenschrift)
- Zimmer, Annette/Priller, Eckhard/Strachwitz, Rupert Graf, 2000: Fundraising als Ressource für Nonprofit-Organisationen, in: Nährlich, Stefan/Zimmer, Annette (Hrsg.): Management in Nonprofit-Organisationen, Opladen: Leske + Budrich: 85-104